

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, am Samstag und Sonntag nur morgens. Der Preis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 4.— M., bei direktem Postweg monatlich 4.50 M., bei Zustellung unter Postdruck für Deutschland 6.50 M., für Ausland 7.50 M., per Brief 12.50 M.

Redaktion und Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Inhalte sehen die abgesetzte Honorarliste über dem Namen L. 29 III., woraus ergibt das letzte Heft 20 Pf., jedes weitere Heft 25 Pf., Anzeigenpreis 10 Pf. Bei Familien- u. Veranlagungsanzeigen fällt der Zuschlag fort. Instrukte für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags bei der Expedition ankommen sein.

Inserenten-Abteilung: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 2768

FREIHEIT

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Entente verlangt Unterzeichnung.

Beschlüsse des Obersten Rates.

Paris, 22. Dezember. (Havab.)

Es ist wahrscheinlich, daß der Oberste Rat heute morgen in seiner Sitzung beschlossen hat, die Forderung aufrechtzuerhalten, daß Deutschland das Protokoll vom 1. November bezüglich der Durchführung der Waffenstillstandsbedingungen und der Lieferung von 400 000 Tonnen Eisenmaterial als Ersatz für die bei Scapa Flow versenkten Schiffe unterzeichnet. Inzwischen werden sich die Alliierten verpflichten, im Falle des Nachweises, daß ihre Einschätzungen des deutschen Eisenmaterials zu hoch sind, diesem Umstand Rechnung zu tragen und ihre Forderungen entsprechend zu ermäßigen.

Paris, 22. Dezember.

Der Oberste Rat stellte die Grundzüge fest, nach denen die letzte deutsche Note beantwortet werden soll. Der Wortlaut der Note wird vom Generalsekretariat der Friedenskonferenz angefertigt und dann verschiedenen Delegationen übergeben werden. Der Oberste Rat hat ferner den Entwurf einer Antwort an die deutsche Regierung auf das Verlangen derselben, zu einer Nachprüfung der Vollrechte ermächtigt zu werden, gutgeheißen. Dieses Zuständnis wird erst in dem Maße gemacht werden, als die Wiedergutmachungskommission es als berechtigt erachtet. Zu gleicher Zeit wird die Untersuchung der von Deutschland verordneten Einfuhrverbote durchgeführt.

Die weiße Mörderbande in Ungarn.

Im Anschluß an den Aufruf des Parteivorstandes der deutsch-österreichischen Sozialdemokratie über den weißen Terror in Ungarn bringen wir nachfolgend aus der „Wiener Arbeiter-Zeitung“ zuverlässige Einzelheiten über massenweise Einschüchtlungen von Sozialisten und Kommunisten durch Angehörige der nationalen Armee. Seit dem Abzug der rumänischen Besatzung häufen sich die Verschleppungen und Morde.

Einer der schändlichsten Taten ist die Verschleppung und nachherige Ermordung von Gefangenen aus dem Gefängnis Kecskemet. Die „Wiener Arbeiter-Zeitung“ gibt den vertraulichen Bericht des dortigen Staatsanwalts über die fürchterliche Tat wieder. Danach erschien sofort nach dem Abzug der rumänischen Besatzung bei dem Staatsanwalt ein Oberleutnant Jovan Horjok und verlangte im Namen des Oberkommandierenden Horjok die Uebergabe des Gefängnisses mit dem Hinzufügen, daß er auch die körperliche Züchtigung als Disziplinarstrafe anwenden werde. Der Staatsanwalt widersetzte sich, wurde verhaftet, später wieder freigelassen und reiste sofort nach Budapest, um bei den Behörden Vorstellungen zu erheben, da er ahnte, was den Gefangenen drohte. Diese wurden unterdessen von den Soldaten der nationalen Armee, unter Führung des Horjok, aus dem Gefängnis abgeführt. Die unglücklichen Opfer wurden mit aus Holz gebräuteten verfertigten Peitschen erschlagen. Danach erschien der Warden von Kecskemet der Oberherr Keresz und forderte die Richterbesitzer zur Reichte auf, mit der Begründung, daß sie morgen gehängt wurden. Ein feiner Diener der Religion der Nächstenliebe!

Der Fall von Kecskemet steht nicht vereinzelt da. In Papa sind 23 Sozialdemokraten, in Debrecser 24 Gefangene ermordet worden; in Kaposvar wurde der brave und gemäßigte Genosse Patinka und fünf seiner Leidensgenossen von den Offizieren des Herrn Horjok aus dem Gefängnis geholt und hingerichtet. Tausende von Menschen sind auf diese Weise von den Offiziersbanditen der weißen Armee hingerichtet worden.

Aber das Gemeinste an diesen Unthaten ist, daß sie mit Wissen und Billigung der jetzigen ungarischen Regierung geschehen. Der Klaffende Riß von Kecskemet wäre nicht ans Tageslicht gekommen, wenn unter den Ermordeten sich nicht auch Angehörige der bestehenden Klasse befänden. Deren Verwandte oder Bekannte finden den Weg zu den Entente-Kommissionen, der den einfachen Proletariats verschlossen bleibt. Die ungarische Regierung läßt verkünden, daß in Kecskemet und Umgebung eine Räuberbande ihre Unwesen treibe und daß etwa 18 Personen von dieser Bande ermordet wurden. Die amerikanische Mission geht hin und findet im Walde von Orgovany 18 Leichen und 62 in einem anderen Walde.

Mitschuldig sind außer der ungarischen Regierung die Entente-Regierungen, die den Abzug der rumänischen Besatzung erzwungen haben, ohne das Proletariat gegen die Nachsicht des weißen Terrors zu schützen. Unter dem amerikani-

sehen Sternbanner wird das Nordwerk der magyarischen Herrenklasse fortgeführt, ohne daß ihm Einhalt geboten wird. Deshalb geht der Aufruf unserer österreichischen Genossen an die Arbeitermassen der Ententeländer. Sie sind es, die ihren Regierungen gegenüber ihre Stimme erheben müssen gegen diesen blutigen Wahnsinn, dem die Vorläufer des ungarischen Proletariats zum Opfer fallen.

Die ungarischen Sozialisten bleiben in der Regierung.

H. N. Budapest, 23. Dezember.

Die sozialdemokratische Partei, die in letzter Zeit drohte, wegen der Inkonsistenz der Koalition zu sprengen und aus der Regierung auszutreten, gab diesen Standpunkt auf und verbleibt weiter in der Koalition. Der Parteiausschuss stimmte den linken Flügel nieder und entschied sich für die weitere Unterstützung der Regierung und für die Teilnahme an den Neuwahlen.

Nach den jetzt bekanntgewordenen Einzelheiten über die brutale Verfolgung und Einschüchtlung der ungarischen Revolutionäre durch die Schergen der Regierung verlieren Genossen, die in einer solchen Regierung verbleiben und sie unterstützen, jeden Anspruch, weiterhin als Sozialdemokraten zu gelten.

Amerikanische Bolschewistenangst.

New York, 21. Dezember. (Neuter.)

Mit dem Transportdampfer „Susford“ wurden heute 219 Extremisten, darunter Alexander Berkman und Emma Goldman, sowie zwei andere Frauen, nach Sowjetrußland zurückgeschickt.

Die Bestrafung der „Fahnenflüchtigen“.

Wir haben bereits mehrfach darauf hingewiesen, daß die reaktionäre Offiziersclique, die für sich selber in den Novembertagen 1918 nicht genug Mangelöcher finden konnte, jetzt unter Noskes Regime alle Soldaten, die in den Revolutionsstagen eigenmächtig den Militärrod abgeworfen hatten, wegen „Fahnenflucht“ den Militärgerichten ausliefert und sie dort zu längeren Freiheitsstrafen vorurteilen läßt. Wir weisen weiter darauf hin, daß diese Bestrafungen völlig ungesetzlich sind, weil in dem Bewußtsein jener Männer die Revolution den Dienstzwang beseitigt hatte, und wir reichten, daß eine Bestrafung auch derjenigen Fahnenflüchtigen, die vor der Revolution das Heer verlassen haben, ebenso rechtlich unzulässig ist, da die allgemeine Dienstpflicht gegen die jene verstoßen haben, heute abgeschafft ist. Bis heute aber hat keine amtliche Stellung es für nötig befunden, hierauf zu antworten.

Nunmehr hat Genosse Düwelle in der Rationalversammlung folgende kleine Anfrage gestellt:

Aus alten Teilen des Reiches kommen Nachrichten über militärische Verfolgungen von „Fahnenflüchtigen“, die in den ersten Revolutionsmonaten vom alten Reichsheer desertierten. Teilweise werden hohe Gefängnisstrafen für die „Fahnenflucht“ verhängt, die Bestraften aus Arbeit und Brot gerissen und ihre Familien dem Hunger und Elend preisgegeben. — Sind der Regierung diese Vorfälle bekannt, die vollständig dem Geiste der Weimarer Verfassung widersprechen? — Was gedenkt sie zu tun, um sofort dem militärischen Vorgehen gegen Deserteure der alten kaiserlichen Armee ein Ende zu machen?

Die Regierung wird nun endlich Farbe bekennen müssen, ob sie jene Gesetzlosigkeiten der Militärkamarilla, die nur ein Ausfluß des Hasses gegen die Männer des 9. November sind, mit ihrem Namen decken will.

Im Anschluß hieran richten wir nochmals an die Regierung die weitere Frage, ob tatsächlich all jene Auslandsdeutschen, die vor Jahren Deutschland wegen Fahnenflucht verlassen mußten, auch heute noch nicht heimkehren können, ohne befürchten zu müssen, wegen Fahnenflucht bestraft zu werden, nachdem es ihnen ja vollkommen unmöglich gewesen ist, die vorgeschriebenen Meldestellen einzuhalten.

Offiziersehre und Offiziersmoral.

Von militärischer Seite wird uns geschrieben:

Wie haben sich seit dem November 1918 die Anschauungen und Sitten geändert!

Wenn vor dem November nur ein Mensch — und wäre es auch nur ein Arbeiter gewesen — einem Offizier auf der Straße ein beleidigendes Wort zugeworfen oder selbst nur eine beleidigende Geste ihm gegenüber gemacht hätte, der Offizier wäre in seinem heiligen Zorne entflammt, hätte das Schwert gezückt und den frechen Beleidiger ohne Wahl und Besinnen über den Haufen gestoßen! Seine Offiziersehre wäre gerettet gewesen! Wer kennt nicht den Fall Bräutigam? Wie viel Druckerdärzge ist damals nicht verschwendet worden, um nachzuweisen, daß ein ehrliebender Offizier gar nicht anders hätte handeln können! Um seiner Ehre willen darf der Offizier auch Menschenleben nicht schonen, auch wenn es unter Umständen nur die Tat eines nicht ganz Zurechnungsfähigen wäre.

Wenn ein Offizier eine äußerliche Beleidigung ohne Besinnen und ohne jede Prüfung nicht mit Menschenblut abwusch, dann war es um ihn geschehen, zum mindesten aber war er persönlich verpflichtet, durch ein kriegsgerichtliches und ehregerichtliches Verfahren sich von der Schuld reinzuwaschen, daß er alles getan habe, was keine Offiziersehre erforderte. Wehe, wehe dem Unglücklichen, dem in solch einem Falle ein Menschenleben mehr wert gewesen wäre als eine unüberlegte Tat irgend eines von Ueberrmut, Habsucht oder sonst einer Gemütsaufregung dazu Betriebenen! Wie stolz war da der Offizier auf seine für Ehre tauglich empfindende Seele! Aus diesem Gefühl heraus sollten ja die Eigenschaft annehmen, die ihn im Angelegen, Granatfrachten, im Trichterloch beim Überwinden des stärksten Drahtzauns das Leben nicht achten ließen fürs Vaterland, Geprügelt und dem blauen Bolke gegenüber genussam mit Worten nachzuweisen hat man es ihm, daß nur auf diesem Boden, in dieser Sphäre, wo der gottähnliche Offizier Menschenblut kaskadieren ohne jede innere Erregung opfern und vergehen könne, daß nur mit diesen Aufschonungen durchdrängt, er das Selbstbewußtsein gewinnen könne, das ihn zu den herrlichsten Taten befähige!

Es war eine der herdsten, weiltagsendsten, oft die ganze innere Seele des einfachen Mannes durchzitternden Enttäuschungen, daß er in der Säkularität und Einfachheit seines Bergens erkennen mußte, daß viele, viele der mit den größten Vorrechten Ausgestatteten so kluglich Schiffsrudern mit ihrem in Friedenszeiten so herrlich aufgezogenen Heroismus, daß die vom Herrenstandpunkt mangelnde Offiziersehre während des Krieges auch noch ihre vorzügliche Dienste tat in der Heimat und in der Stube, daß aber mit jedem Schritt näher dem Trichterloch, mit jedem neuen Plagen und Krachen der Granaten dieser Heroismus in vielen Fällen zum Teufel ging. Wie oft kamen aus der Stube die hohen Herren aus den Stöcken in die Gegend des Artilleriefuers, um sich dort in ruhigen Zeiten einige Granat splitter zu sammeln als Trophäen ihrer Tapferkeit, um aber sofort zu verfluchen, wenn zufällig einmal während ihrer Anwesenheit den Feinde es doch einmal, einige Granaten in diese Zone zu verschleßen.

Da fand die Achtung des schlichten Mannes vor gar manchem Träger der Offiziersabzeichen tief, tief bis unter den Nullpunkt.

Das war eine der Erscheinungen, die den Geist und die sittliche Kraft der Armee zermürbten, die der Armee das Vertrauen zu ihren Führern raubten und die Jünger auf ein siegreiches Ende erschütterten! Wie treffend, wie charakteristisch offenbart sich diese Offiziersehre und Offiziersmoral im Marjoh-Prozess! Es ist derselbe Geist, der noch heute die Offizierskaste durchweht! Wenn es den Trägern der Gewalt in ihren Kränzen paßt, dann ist ihre Ehre feinfühlig wie das beste Instrument. Ohne jedes Bedenken werden 23 Matrosen über den Haufen geschossen, Menschenblut wird nicht geschont, nicht gar keine Rolle, wenn die Vertreter der kapitalistischen Herrschaft damit ihre Ziele zu erröchen glauben. Da schlägt keine koste Salze im Wissen des Marjoh an oder im Kampf der Menschenseele mit der Offiziersehre wird erstere reiflos zum Schwereigen gebracht.

Wie ganz anders ist die für Ehre so peinlich starr empfindende Seele eines Hauptmann v. Kessel, wenn ihm nicht nur ein etwa Freigeleiteter oder ein von falscher Majorität Gekleideter im des Weimera herbeizit — nein

wenn Millionen ihnen den Meinsid klipp und klar nachweisen können. Millionen von Menschen werden ihm öffentlich Meinsid vor! Während sonst die gesamte Offiziersklasse in Darmisch gerät, wenn der ferreste Vorwurf die sogenannte Offizierschre trifft, werden vom Oberbefehlshaber herab bis zum untersten Offizier-Rang herab alle Hebel in Bewegung gesetzt, alle Schritte und Schritte angeordnet, um die von Schmutz und Dreck triefenden Offiziersabzeichen wieder reinzuwaschen.

Und wo geht diese heimliche Wäsche vor sich? Es wird kein Name genannt, keiner mag öffentlich Redensdast geben, wie und mit welchen Mitteln das Reinigen dieser Schmutzwäsche erfolgt ist. Das Volk muß sich damit begnügen, daß die Güter der Militärgerichtsbarkeit so gute Kleider schmuckere Wäsche sind, daß ein des Meinsids mit Frey und Recht angeklagter Offizier nicht einmal eines gerichtlichen Verfahrens unterzogen zu werden braucht, sondern gleich vollständig rein und sauber dastet. Ein herrlicher Ausblick und ein treffliches Verfahren!

Man weiß nicht so recht: Hat die Offiziersanstellung von Ehre und Moral die höchste und einfachste Stelle des früheren Sozialdemokraten und jetzigen Oberbefehlshabers so verdorben und kompromittiert oder hat die niedrige Gefinnung des früheren Unteroffiziers und jetzigen Oberbefehlshabers die erborenen Anschauungen über Ehre und Pflicht des Offizierskorps so demoralisiert, daß es einen Kameraden ruhig unter sich duldet, dem Millionen von Menschen den Vorwurf des Meinsids an den Kopf werfen?

Sobstn wirklich Torkende von Genossen am Nischen der sozialdemokratischen Partei gelogen und wagen nicht, bloß um nicht ihres Ministerpostens verlustig zu geben, an die Ausprägung dieses Augschalles heranzugehen. Wann dies der Fall ist, dann war der Busen der sozialdemokratischen Partei eine Gistonne londergleichen und die U. S. V. D. hat rechtzeitig die Trennung mit dieser unfauberen, unwarhren und verächtlichen Partei vollzogen. In ihren Hochschöhen bleiben die Dorkel, Kessel, Reinhard hängen!

Wie das deutsche Heer geschlagen wurde.

Die Reaktion ist seit Ausbruch der Revolution bemüht, die Niederlage des deutschen Heeres auf das Verlagen der Heimat zurückzuführen. Geführt von Hindenburg und Ludendorff und anderen geschlagenen Generälen, behauptet sie, das Heer habe einen baldigen Sieg in der Hand gehabt, aber es sei von hinten erdolcht und zum Niederliegen der Waffen gezwungen worden, ohne daß eine militärische Notwendigkeit dafür vorgelegen habe.

Diese Behauptung steht mit den Tatsachen in schroffem Widerspruch; sie wird durch militärische Dokumente, die in den sicheren Geheimarchiven des Großen Generalstabes verborgen liegen, schlagend widerlegt. Wir sind in der Lage, ein derartiges beweiskräftiges Aktenstück der Deffentlichkeit zu unterbreiten. Es handelt sich um einen Bericht, der an das Militärkabinett abgegangen ist und der die trostlose militärische Situation schildert, die schließlich zur Abkündigung des Waffenstillstandes führte:

Geheim.

N. O. 908. 9. 18. 11. 1.
N. 12 428. 16. 908. 18.
Militär-Kabinett.

Der Beginn unseres Rückzuges datiert vom 1. August d. J. von M i e n s her, unter ständigem Druck der Armeen Coutand, Mangin, Degoutie. Am 8. August führte die 1. französische Armee Debeneg gemeinsam mit der 4. englischen unter Rawlinson einen entscheidenden Schlag mit überlegenen Kräften gegen unsere Stützstellung bei Morcuil mit Gesamtverlust unserer schweren Artillerie; hier gelang es dem Feinde ferner mit ungeheurem Elan unsere Front durchzubrechen und uns auf Rohe zurückzuwerfen. Desgleichen verloren wir Solsons, in drei Tagen mußten wir 25 Kilometer Front aufgeben, wodurch weiter Montdidier verloren ging, während nördlich englische Truppen die selbe Einbuße verursachten unter Aufgabe von Peronne usw.

Der 9. und 10. August verursachte weitere Verluste, über

Hinterhöle.

Wenn ich von meinem Schreibtisch aufsehe, so fällt mein Blick auf eine hohe Wand. Lauter weiße Steine sind es mit einem häßlichen grauen Kalk dazwischen. Und ich muß mit den Augen sehr hoch Nittern, um nur ein kleines, bescheidenes Stückchen Himmel erspähen zu können. Und unten auf der Erde ist es auch nicht besser. Da liegt ein großer Kohlenhaufen und wartet darauf, daß er eingeschippt wird. Es kommt nie ein Kind in diesen Hof, kein Tier, das darin spielen möchte, kein Mensch hält sich länger als unbedingt nötig darin auf. Und es gibt nicht ein einziges wüziges grünes Blüthen oder Grashalmchen darin. Ich habe ein grünes Kornkraut am Fenster stehen, aber ich glaube, ich werde es wagen, sonst stirbt es mir noch gar vor lauter Trostlosigkeit.

Ich habe schon in andere Hinterhöfe gesehen. Da war einer mit einer Platanen darin. Man sah durch eine kleine Lücke in den Häusern auf freie Feld hinaus und auf dem unbebauten Platz stand ein Kaminstein, und zwei weiße Hiegenböcken maagten ihre Kapriolen.

Ich habe einen Kasten gehabt in Berlin-Weiten. Lauter hohe Häuser rundum mit gerade solchen Balkonen, wie es der meine war. Alle waren sie bewachsen mit wildem Wein und einer anderen feinen Schlingpflanze, deren Blätter ganz durchsichtig waren und um die Mittagzeit standen zwei Papageien auf ihnen. Man sah sie nicht, aber man hörte ihre Stimmen. Sie redeten miteinander in einem menschlichen Kauderwelsch und mit Gelächter, und Aufen, aus denen der tropische Urwald sprach, heiß und wild.

Aber schöner noch war der alte Hinterhof in Straßburg, um den lauter hügerne Galerien führten, und auf einer hatte ein Schuster seine Werkstatt aufgeschlagen und hielt eine Amsel im Käfig. Der Vogel flötete. Es waren nur ein paar Kacke, der Anfang eines alten Liedes. Aber jetzt noch kommt mir die süße Stimme im Traume vor und der alte vergaunerte Hof, wo unten ein Alexander blühte. Ganz rot blühte er zwischen dem braunen Gehüll.

Ne, auch die alten und armen Höfe können heimlich sein. Solch ein Hof im alten Düsselhof, wo ich mit meine Schube sitzen lasse. Man muß erst auf dem engen Hausflur an lauter heuglerig geöffnete Türen vorbei. Dann kommt man in den kleinen Hof, wo zwei Kinder mit Korbstricken spielen, und eine Naye läuft vor einem eine ganz unwahrscheinliche Treppe hinauf, eigentlich ist's mir eine Leiter, und verschwindet in der „ersten Etage“, die gar keine Treppe hat. Der Flur geht unmittelbar auf die Treppe und du kommst durch eine Tür, die ganz schief in den

10000 Gefangene, 800 Waiskinder, 100000 Soldaten. Der Marschall Reich erkannte sofort, daß seine Aufgabe kritischer zu halten, gegenstandslos geworden war und er warf seine gesamte Armee durch die entstandene Breche, und ebenfalls entgegen. Diesen vereinten Anstrengungen der Gegner, unterstützt von frischen amerikanischen und englischen Truppen, konnten unsere seit Frühjahr ununterbrochen in schweren Kämpfen stehenden abgelärmten, verbrauchten Mannschaften nicht mehr Stand halten. Schlag auf Schlag erfolgte, Verlust auf Verlust wurde unabwendbar in Gemangelung von Reserven. Die offene Frage des Waffenstillstandes wird von Tag zu Tag dringender.

93: Anterschrift, Generalleutnant.

Hier wird also mit keinem Wort gesagt, daß die Heimat für die andauernden Niederlagen an der Front verantwortlich sei. Sondern es wird ganz richtig angeführt, daß die militärische Ueberlegenheit der Gegner dem deutschen Heere einen Schlag nach dem andern zufügte und es zum unumkehrbaren Rückzuge zwang. Dem Rückzuge konnte kein Einhalt geboten werden, weil Dorkel und Reserven gegen Ammeries, im April 1918 und bei dem widersinnigen Vorstoß an der Marne am 15. Juni ins Verderben geführt worden. Nicht von politischem, sondern von rein militärischem Gesichtspunkt aus wird auf den Wackel des Waffenstillstandes gedrängt. Die Gefahr einer Katastrophe, eines totalen, alles Dagegenwärtigen in den Schranken stießenden Zusammenbruchs war in nächste Nähe gerückt. Das deutsche Heer ist also nicht zusammengebrochen, weil es die Heimat nicht mehr liebte. Sondern es ist regelrecht geschlagen worden, weil seine Führer, allen voran Hindenburg und Ludendorff, zu unfähig waren, die Stärke der Gegner richtig einzuschätzen und die bedrohte Lage der eigenen Truppen rechtzeitig zu erkennen. Ihre unzulängliche militärische Begabung, gepaart mit politischem Unvermögen, hat die Katastrophe über das Volk heraufbeschworen, unter der es noch jahrelang bluten wird.

Analphabet oder Fälscher?

In der heutigen Morgenausgabe des „Vorwärts“ behauptet jemand, Genosse H i s e r d i n g habe in der Parteiversammlung vom Sonntag gegen seine Gegner mit der Behauptung aufgetrompelt, er habe schon in seinem „Finanzkapital“ die Diktatur des Proletariats verurteilt, die — natürlich nur durch das Rätesystem zu verwirklichen sei.“ In Wirklichkeit hat H i s e r d i n g nach dem Bericht der „Freiheit“ ausgesprochen:

„Auch die Diktatur des Proletariats habe ich in meinem „Finanzkapital“ als eine Notwendigkeit hingestellt. Das Rätesystem ist für uns alle etwas Neues gewesen, weil es spontan aus der russischen Revolution entsprang. Es ist für uns ganz selbstverständlich, daß die Diktatur nur durch das politische Rätesystem ausgedrückt werden kann.“

Genosse H i s e r d i n g hat also mit keinem Worte gesagt, daß er schon in seinem „Finanzkapital“, das lange vor der russischen Revolution geschrieben worden ist, auf das Rätesystem hingewiesen habe. Der Mann, der im „Vorwärts“ gegen ihn auftritt, ist also entweder ein Analphabet, der nicht lesen kann, oder ein ganz gewöhnlicher Fälscher.

Koste und Sllarz.

Der „Abstinente Arbeiter“ teilt aus einem Briefe aus Quartem vom 12. November 1919 folgende Stelle mit:

„... Koste war einmal bei einem seiner täglichen Mittagessen im Hause von Sllarz — es war zu einer Zeit, da Sllarz verheiratet war — so ungezogen im Verlangen nach einem Klon oft geschmecken Schnaps, daß ihm das Dienstmädchen des Herrn Sllarz sagte:

„Na wissen Sie, Sie haben doch wirklich schon genug bekommen, Sie können schon zufrieden sein!“

Das sagt ein Dienstmädchen einem Reichminister! Ich habe selbst diese Bemerkung mit angehört, ebenso Leon Sllarz Sohn, und wir machen uns hierüber noch lustig...“

Wor Herr Koste seine Schnaps und wieder er davon ge-

nißt, kann der Welt im allgemeinen gleich sein. Politische Bedeutung erhält diese Angelegenheit nur durch die Tatsache, daß Herr Koste behauptet hatte, er sei nur sechs mal bei Herrn Sllarz zu Tisch gewesen und nur zu Zeiten, in denen er fürchten mußte, in öffentlichen Lokalen totgeschlagen zu werden. Die „Zukunft“ hat neulich schon mitgeteilt, daß es nicht ganz stimmte und auch diese Schnapsgeschichte läßt nicht darauf schließen, daß Herr Koste als Tischgast des Millionärslebens sich in besonders erregter Stimmung befunden habe.

Bemerkenswert ist noch, daß der „Abstinente Arbeiter“ von Herrn August Reumann, einem iramen Redaktionsrat, beantwortlich gezeichnet wird.

Hörings Ende.

Reichs- und Staatskommissar Höring hat, nachdem die Reichs- und Staatsregierung seiner Bitte um Entlassung von seinem Posten nachgegeben hat am heutigen Tage sein Amt niedergelegt. Die bisherigen Dienststellen des Reichs- und Staatskommissars in Breslau und Kattowitz sind damit aufgelöst. Zur Erledigung schwebender Anträge ist eine Abwidlungsstelle unter Dr. Gotthilf, Breslau, Voßring Str. 17, eingerichtet worden.

Staatsbürgerliche Enttachtung der Lehrerschaft.

Der „Bund entschiedener Schullehrer“ schreibt uns, daß Goenrich insolge einer Eingabe des Bundes den Lehrern und Lehrerinnen die Annahme eines Gemeindevorstandes vorbehaltlos freigegeben hat. Für den Eintritt in ein besoldetes oder unbesoldetes Amt in den Gemeindevorstand (Magistrat) bleiben jedoch die alten Bestimmungen ausrecht erhalten, nach denen der Beamte zur Uebernahme eines solchen Amtes die Genehmigung der Schulbehörde einholen muß.

Der „Bund entschiedener Schullehrer“ konnte damit nicht zufrieden sein. Er verlangt deshalb vom Ministerium die Aufhebung des Besoldungszwanges auch für unbesoldete Magistratsmitglieder. Die Würde des Erziehers erlange nicht eine Besoldung, die in die Verwendung seiner freien Zeit und in seine staatsbürgerliche Betätigung einreißt.

Auf diese Eingabe antwortet der Minister Goenrich und macht diesen Bescheid an den Schullehrerbund durch Handschreiben an alle Provinzialkollegien zu einer amtlich zu beachtenden Verfügung, die deshalb von allgemeinem Interesse ist. Es heißt in dieser Antwort:

„Die Bestimmung, daß die Genehmigung der vorgesetzten Dienstbehörde für die Uebernahme eines besoldeten oder unbesoldeten Amtes in einer Gemeindeverwaltung auch weiterhin für alle Staatsbeamten vorgeschrieben bleibt, ist nach eingehenden Beratungen und Prüfung aller in Betracht zu ziehenden Fragen mit Ermächtigung der preussischen Staatsregierung getroffen worden. Zugunsten einer einzelnen Beamtengruppe eine Ausnahme von dieser Regel einzutreten zu lassen, ist nicht möglich. Ich muß aber auch davon absehen, eine anderweitige, allgemeine, zugunsten aller Beamten wirkende Regelung der Frage anzugehen, da der dortige Vorschlag, gewisse besoldeten und unbesoldeten Beamten zu unterscheiden, hierfür nicht geeignet ist. Nicht die Besoldung, sondern das Maß an Arbeit, welches durch das Nebenamt übernommen werden ist entscheidend für die Beurteilung der Frage, ob sich dessen Uebernahme mit der staatsbürgerlichen Tätigkeit verträgt. Auch ist habe es für durchaus wünschenswert und den Interessen der Gemeinden und der Lehrerschaft in hohem Maße dienlich, wenn Lehrer ein Amt in der Gemeindeverwaltung übernehmen. Das Recht aber, darüber zu befinden, ob im Einzelhülle sich die Uebernahme mit den Dienstpflichten des Lehrers vereinigen läßt, kann nicht in die Hand des Lehrers selbst gelegt werden, sondern muß der Schulaufsichtsbehörde verbleiben. Ich wünsche, daß die Prüfung in jedem Falle so wohlwollend wie möglich vorgenommen wird und habe mir deshalb für alle Fälle, in denen die zunächst vorgelegene Dienstbehörde eine Versagung der Ge-

Zeit sich entwickelt, kann in allen großen Räumlichkeiten unserer Planeten spielen: in Schreun, im Jirkus, in Sälen von Gassenhäusern und Fabriken. Es braucht nur ein Pöbium, eine abschließende Wand, einige Beleuchtungsapparate und Requisiten.

Das zukünftige Volkstheater kann nur ein Theater für die Massen sein, in welche auch die zerstreuten Reste der alten Gesellschaft schließlich einmünden werden. Schon vor etwa zwei Jahrzehnten, als noch diese alte Gesellschaft zu triumphieren schien, erkannte einer der größten und größten Geister unserer Epoche, K o m a i n K o l l a n d: „Das Volkstheater ist nicht ein Modestück und ein Spiel von Dilettanten. Es ist der geistliche Ausdruck einer neuen Gesellschaft, ihr Gedanke und ihre Stimme, und es ist, durch die Macht der Tatsachen, in dieser kritischen Stunde ihre Kriegsmaschine gegen eine hilflose und herberbeute Gesellschaft. Es handelt sich nicht darum, von neuem alte Theater zu eröffnen, in denen allein der Adel neu ist, übergeklügelte Theater, die eine Veneration vorzuzuschauen beschließen, indem sie sich vollständig nennen. Es handelt sich darum, das Theater durch und für das Volk zu errichten. Es handelt sich darum, eine neue Kunst für eine neue Welt zu begründen.“

Zur Eröffnung der Leipziger Volkstheater mit Shakespeares „Sommernachtsstraum“ schreibt die „Leipziger Volkszeitung“: „Der Begriff der Volkstheater hat sich überlebt. Heute eine Volkstheater fordern, statt des radikal kommunalsten Theaters, heißt reaktionär sein. Die Leipziger Volkstheater hat, wie gleichfalls oft betont, mit dem alten Sinne des Wortes sehr wenig oder gar nichts zu tun. Sie ist ein privates Unternehmen in der Art der Berliner Schillertheater. Von der Volkstheater hat sie nur den Namen. In Leipzig weiß das ja auch jeder, aber im Reich wird man mit der Werbung von der neu eröffneten Volkstheater viel Anflug treiben; denn alles, was mit „Volk“ zusammenhängt, ist trotz der Reaktion, aber gerade wegen dieser, nämlich zu demagogischen Zwecken, noch immer Mode. Der Plan einer neuen Bühne, gerade vor einem Jahre aufgetaucht, ist schnell und glücklich verwirklicht worden. Künstlerisch wächst sie aus dem Schauspielhaus heraus, gezeichnet von Viehweg. Das gab ihr von vornherein die moralische Grundlage. Der Plan schloß sich in einem alten Kasten von „Etablisement“ hinein, und was hier der Architekt lieblich geschossen hat, erweckt reichliche Zustimmung. Der Zuschauerraum in seiner monumentalen Schlichtheit entspricht dem Gedanken des Massenpublikums wie dem geplanten Programm. Die Bühne erweist sich gleich am ersten Abend als äußerst glücklich angelegt und reich an szenischen Möglichkeiten jener Art, die zwischen vergangenem Ausstattungsprunk und überpuritanischer Kahlheit die schöne Mitte hält...“ Der

Angeku hängt, direkt in die Werkstatt. Aber deine Schuhe sind nicht fertig. Der Vater ist nicht zu Hause. Und der Sohn hat keine Zeit gehabt. Er hat irgendwo eine Geige erobert, ein schertliches, kleines, freischwebendes Ding, und nur spielt er und auch dabei durchschießt Fenster auf all die trauen Dächer und Dächer und Dachziegel. Ein ganz abenteuerliches Gebirge ist das von dem Hörsen aus. Wenn er in meinen Hof läßt, er hätte sicher nicht gespielt, sondern brav seine Schuhe geflickt, ohne ein einziges Mal aufzusehen.

Viele Höfe und Hörsen habe ich schon gesehen, aber keiner war so trostlos wie dieser Hof mit seinen weißen Gefängnisheinen und hohen Mauern. Gegenüber sehe ich in andere Fenster. Da sitzen auch Menschen und schreiben. Keiner sieht auf. Keiner hat Zeit oder Gedanken für etwas anderes als seine Arbeit und Kontobücher. Und draußen scheint die Sonne und wehen die Blinde und ziehen die Wolken, aber es kommt nichts davon herein in diese starren grauen und weißen Mauern. Nicht die Armut und das Elend machen sie trostlos. Wieviel ärmer waren die anderen Hörsen!

Aber diese Mauern und Menschen haben keine Zeit und keinen Raum mehr für etwas anderes als ihre Arien und ihre Arbeit. Sie haben ihren Arbeitsdag und ihre Nollen und ihre rationierten Lebensmittel. Es ist kein Winkel da für einen freien Gedanken, für eine wilde Weirante, für ein Amfellsied, ja nicht einmal für den Kaminsteinfall oder für den Dachspaziergang einer Naye. Arbeit, Arbeit um ihrer selbst willen, die das Leben tödtet. Ich werde wirklich mein kleines Kornkraut mit nach Hause nehmen, damit es die unruhigen Spagen hört, die sich vor meinem Fenster janken und meinen Nachbar steht, der mit seinem kleinen Lächterchen auf einem Asten vor sich und seine Pfeife im Mund — Sonntag nachmittags auf die Straße gukt und Maulaffen sieht.

Anna Stensen.

Das zukünftige Volkstheater.

Ueber die Möglichkeit zukünftigen Volkstheaters schreibt Kurt Pinckus in dem anschlüsslichen Reinhardtischen Großen Schauspielhaus erschienenen Blättlein, das jetzt auch im Buchhandel zu haben ist: Die neue Gesellschaft und das neue Volkstheater können nur durch eine völlige Neuerdung von unten heraus, von innen heraus entstehen. Das zukünftige Volkstheater wird sich also nicht durch ein von außen ausgezwungenes Prinzip, sondern, wie in allen früheren Epochen und der gemeinsamen Sehnsucht, dem gemeinsamen einheitsstimmigen Willen einer neuwerdenden Menschheit organisch erzeugen können.

Das Volkstheater, weil es ganz aus dem Menschen unserer

Bestätigung im Einverständnis, die Entscheidung selbst vorhalten. Ich bin aber überzeugt, die volle Zustimmung des Bundes zu finden, wenn ich sage, daß, sofern sich im Einzelfall der Wunsch des Lehrers auf Genehmigung der Annahme des Nebenamts mit den Interessen der Schule schließlich nicht vereinigen läßt, das Wohl der Schule unbedingt vorzugehen hat.

Der Bund schreibt dazu: Diese Antwort bedrückt und nicht, sie wird die gesamte Lehrerschaft und Beamtenchaft nicht zufriedustellen können. Gewiß soll der Lehrer zuerst seine amtlichen Pflichten vorbildlich erfüllen, aber die „Interessen der Schule“ sind eine sehr beherrschende Sache. Es gibt Vorgesetzte, welche die öffentliche Beistimmung ablehnen und die Leute, welche sie an der Ausübung eines Gemeindevertreteramts nicht mehr hindern können, aus wegen ihrer „großen Leistungsfähigkeit“ soviel neue Pflichten aufgeben, ihnen soviel Neigungen zu überwinden geben, daß sie unter der verdreifachten Last schließlich erliegen. Nur das Prinzip der „Kollektialität“, der kollektiven Selbstverwaltung, könnte solcher „Kollektialität“ auswirken, verteilte Amtsstundenbesitzer ein Ende bereiten! — Unter solchen Umständen ist der ministerielle Bescheid doppelt unglücklich.

Der „Bund unabhängiger Schulreformer“ hat sich an die Reichliche Landesversammlung gewandt, damit sie eine Wendung der Zustände herbeiführen möge.

Der Wirtschaftsrat des französischen Proletariats.

Die Leitung des französischen Gewerkschaftsbundes hat bald nach Abschluß des Baslerkongresses die Öffentlichkeit Frankreichs durch Auftritte auf die kommenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten hingewiesen und den Sozialismus als Mittel zur Überwindung gefordert. Der Honorar-Gewerkschaftskongress, der im Sommer 1919, hat den Wirtschaftsrat einberufen, um die Propaganda für den Sozialismus zu verstärken und die Wege zur sozialistischen Produktionsweise zu suchen. Das Arbeitsprogramm des Wirtschaftsrates fordert für die Arbeiterkassen das Recht der Mitbestimmung in Erzeugung und Austausch und die Nationalisierung der Produktionsmittel. Nach dem Arbeitsprogramm besteht die Arbeiterkassen unter Nationalisierung die Übertragung der Produktions- und Austauschmittel in die Hände der Erzeuger und Verbraucher, die ihnen zum Vorteil einiger genommen worden sind. Den Staat entlassen, indem er dort gedrängt wird, wo er nicht anders mehr ist als die Verkörperung der gemeinschaftlichen Organismen der Erzeugung und des Austausches; ihm so das Mittel des Zwanges entziehen, den Händen des Kapitals die Leitung der nationalen Wirtschaft zu überlassen, die die Rechte geben, wonach sie sich sehen, und die Verantwortung, die sie selbst übernehmen wollen; das ist das zu vollbringende Werk des Wirtschaftsrates.

Ueber die Mittel, die der Wirtschaftsrat zur Durchführung sozialistischer Produktionsweise empfiehlt, sagt das Aktionsprogramm: „Das Ziel liegt in der Organisation einer vermehrten Produktion. Diese ist allein imstande, die Bedürfnisse der allgemeinen Konsumtion zu befriedigen. . . Diese Organisation ist nur zu verwirklichen durch den Bestand aller derzeitiger an der Produktion teilhabender, also durch die Arbeiter und Techniker, und durch den Bestand derer, die den Berufs wegen der Verbindung der Tätigkeiten von Gemeinschaften bestimmt sind, also durch die Beamten, und schließlich durch den Bestand der Verbraucher der Produkte, also durch die Kooperativen. Die Organisation kann nur bestehen, indem in dreierlei Weise die Ergebnisse der wissenschaftlichen Untersuchung (der Betriebs- und Arbeitsweise) benutzt werden, welche letztere weitergetrieben und weiterentwickelt werden muß.“

Darüber heißt es, die Produktion müsse so organisiert sein, daß die Erzeuger, deren Rechte gekannt worden seien, die Gewähr haben, daß ihre Arbeit unterstützt der Gemeinschaft und nicht dem Sonderverdienst einer Klasse zugute käme.

Der Gewerkschaftsbund sucht zur Durchführung der Arbeiten des Wirtschaftsrates Verbindung mit dem Nationalverband der

Genossenschaften, dem Gewerkschaftsverband der Techniker und der Landesvereinigung der Beamten.

Die französische Arbeiterklasse hat damit eine Zentralstelle der Propaganda und Arbeit für die Sozialisierung geschaffen, die, unabhängig von kapitalistischen Interessen, vor allem dazu beitragen kann, in der Arbeiterklasse selbst die Voraussetzungen für die praktische Durchführung der sozialistischen Produktionsweise zu schaffen.

Druckfehlerberichtigung.

Der Schlußsatz des Leitartikels in der heutigen Morgenausgabe, der einige Druckfehler enthält, muß lauten:

„Wenn diese Anschauungen sich in der französischen und schweizerischen Partei durchsetzen, ist zu erwarten, daß das Ziel, das wir uns von Anfang an hinsichtlich des Wiederaufbaues der Internationale gestellt haben, nämlich das der Schaffung einer Plattform für die Vereinigung aller sozialrevolutionären Parteien der zivilisierten wie der westlichen Länder, auf dem Wege über den selbige Beschluß seiner Verwirklichung nahe gebracht wird.“

Auf Wunsch des Genossen Walzahn bringen wir den genauen Wortlaut des zweiten Teiles seiner Resolution, die auf der Generalsammlung des Bezirksverbandes Berlin-Brandenburg angenommen wurde:

Die Schaffung starker Kampforganisationen ist die erste Vorbedingung hierzu (nämlich im Sinne der Beschlüsse des Parteitages zu arbeiten). Darum verpflichtet sich die Generalsammlung in erster Linie, den Aufbau der Kampforganisationen und andererseits den Umbau der Gewerkschaften zu starken Industrieverbänden mit aller Macht zu fördern.

Allen ehemaligen Gefangenen und Helfern der Stalpa wird hierdurch zur Kenntnis gebracht, daß Entschädigungsansprüche für beim allgemeinen Rückzug verloren gegangene Gepäcksstücke usw. nur noch bis zum 30. Dezember 1919 gestellt werden können. Antragsteller, deren Gepäck in besetzten Gebiet zurückgelassen ist, und bei Spektoren oder Privatpersonen untergebracht wurde, haben ihre Ansprüche ebenfalls bis zum 30. Dezember 1919 anzumelden. Berücksichtigt werden nur solche, bei denen der Verlust einwandfrei festgestellt und auf Grund beglaubigter Unterlagen nachgewiesen werden kann. Für deren Verbringung die Krieg bis zum 1. März 1920 verhängt ist. Sämtliche Gesuche sind an die Oberleitung Belgien-Luxemburg, Berlin SW 18, Verlängerung Hedemannstraße 7, parierte, zu richten.

Das von den ehemaligen Kriegs- und Zivilgefangenen im Auslande zurückgelassene Gepäck soll auf Kosten der Reichszentrale für Kriegs- und Zivilgefangene, soweit es noch vorhanden ist, durch die Hamburger-Amerika-Linie frachtfrei übergeben werden. Alle Beteiligten werden daher aufgefordert, an die „Abteilung Gefangenengepäck“ der Hamburger-Amerika-Linie in Hamburg unter möglichst genauer Bezeichnung der betreffenden Stelle ihre geographische Adresse sofort anzugeben.

Die Einreiseverbote in die Schweiz. Von verschiedenen Seiten werden mir darauf aufmerksam gemacht, daß die Schweiz der Einreise zahlreicher Deutscher unehrliche Schwierigkeiten bereitet. Während einerseits Kapitalisten und dergleichen Gesellschaften das weitestgehende Entgegenkommen finden, werden Proletarier mit rechtlos zurückgewiesen. Selbst Familienmitglieder werden in der Schweiz wohnenden Familien verboten.

Ein Hilferuf der russischen Kriegsgefangenen. Anlässlich der Annäherung des russischen Volkskommissars Litwinow in Kopenhagen haben die russischen Kriegsgefangenen im Lager Gardelegen an denselben ein Telegramm geschickt, in dem sie ihn unter Hinweis darauf, daß sie seit zwei Jahren weder materielle Hilfe noch irgend eine Nachricht von ihren Angehörigen erhalten haben, inständig bitten, alle Schritte für die Befreiung aus ihrer jetzt schon zwei Jahre über den Friedensschluß dauernden trostlosen Lage zu unternehmen.

Der Vertreter der Sowjet-Regierung Woschenski, der sich auf der Reise nach Washington befindet, hat die Rückgängigmachung der Blockade Russlands und die Gewährung von Vorschüssen und finanzieller Hilfe zu fordern, wurde bei seiner Ankunft in San Francisco im Einwandereramt festgehalten.

Kämpfe zwischen Montenegro und Serben werden gemeldet. Die montenegrinische Regierung erhebt bei der Friedens-

Konferenz Einspruch gegen die Befreiung des Landes durch die Serben.

Zur Lösung der Abfrage wird am 7. Januar in Paris eine internationalisierte Konferenz zusammenberufen, an der Lloyd George, Clemenceau und Ritti teilnehmen werden.

Das englische Fremdenrecht ist im Unterhause schon abgelehnt worden, daß frühere ähnliche Ausländer nur dann ausreisen werden dürfen, wenn eine begründete Anklage gegen sie vorliegt.

Gewerkschaftliches.

Wieder eine neue Sonderorganisation.

Reichsverband der Arbeitssachverständigen und Angestellten nennt sich das am 12. Dezember 1919 in Magdeburg, von 11 Arbeitssachverständigen, darunter 2 Direktoren, 1 Doktor und 2 Vermittlern gegründete Gebilde. Angeblich vertreten diese Herren sämtliche Arbeitssachverständigen und Angestellten in den Provinzen Sachsen-Anhalt, Niedersachsen, Thüringen, Westfalen, Schlesien, Pommern, Ost- und Westpreußen. Von den anwesenden Vertretern der Arbeitssachverständigen Berlins, Leipzigs usw., welche zwar nicht gern gesehen waren, wurde aber festgestellt, daß von den Industriebezirken und großen Städten besonders alle jüdischen, öffentlichen und paritätischen Arbeitssachverständigen von dieser Gründung nichts wußten, daß man sie überhaupt nicht benachrichtigt habe. Es beruht eigenartig, wenn man die sogenannten Ziele dieses Reichsverbandes näher betrachtet. Er soll eine Brücke für Beamten werden, um auf diese Weise den für die Gründer unangenehmen Einfluß der freien Gewerkschaften in jeder Weise zu unterbinden. Von Vertretern der anderen Arbeitssachverständigen, die Mitglieder freier Gewerkschaften sind, wurde darauf hingewiesen, daß es absolut nicht im Interesse der Angestellten und des Arbeitssachverständigen liegt, wieder eine neue Organisation zu gründen, da dies nur das Gegenteil von dem, was angeblich die Herrschaften wollen, darstellt (Zusammenfassung der Angestellten). Noch bevor der Reichsverband richtig gegründet ist, haben die Herren bereits ausführliche Vorschläge entwickelt, die sie dem Reichsarbeitsministerium umgehend als die Meinung sämtlicher Arbeitssachverständigen unterbreiten wollen. Wir glauben, die Gelegenheit benützen zu müssen, die Reichsbehörde und die Öffentlichkeit darauf aufmerksam zu machen, daß diese Vorschläge im besten Falle von einer ganz geringen Wandelbarkeit der Arbeitssachverständigen aufgestellt wurden, ja, daß sie letzten Endes sogar lediglich die Wünsche der Herren Theoretiker, aber nur nicht die der eigentlichen Praktiker, berücksichtigen. Von diesem Gesichtspunkt aus gesehen, muß es natürlich dem Reichsarbeitsministerium selbstverständlich sein, daß es in diesem Prozedere in erster Linie die alten Erfahrungen der Arbeitssachverständigen und freien Gewerkschaftler zu berücksichtigen hat. Auf alle Fälle können die Beamten und Angestellten nicht nachdrücklich genug vor diesem Reichsverband gewarnt werden, da dieser nach seinem ganzen Aufbau die Tendenzen einer gelben Organisation besitzt. Im allgemeinen sollen sich die freien Gewerkschaften voll darüber klar werden, daß es für sie eine Lebensfrage ist, ihren ganzen Einfluß dahin geltend zu machen, bei der in Kürze bevorstehenden gesetzlichen Neuordnung des Arbeitssachverständigen und der Befreiung der in Frage kommenden vakanten Stellen ein gewichtiges Wort mitzureden. In die Arbeitssachverständigenverwaltung und Vermittlung gehören in erster Linie gewerkschaftlich geschulte Vertreter und nicht vorzugsweise Doktoren und Theoretiker, die sich in diesem Reichsverband einen Halt und eine Stütze schaffen wollen. Als Stützpunkt werden von ihnen natürlich die untergeordneten Beamten und Angestellten benützt, wobei es selbstverständlich ist, daß deren persönliche Interessen unberücksichtigt bleiben. Zum Schluß sei noch bemerkt, daß ein mehrfaches Angebot zur Mitarbeit mit den freien Gewerkschaften (Zentralverband der Angestellten) strikte abgelehnt wurde. Für alle Arbeitssachverständigen gilt es, nun die Konsequenzen daraus zu ziehen und sich rechtlos in der bestehenden Fachgruppe des B. d. A. zu organisieren, um ihre Interessen nach wie vor wahrnehmen zu lassen.

Lehrlingsausbeutung.

In der bürgerlichen Presse begegnet man häufig Klagen darüber, daß die heutige Jugend keine Lust mehr habe, ein Handwerk zu erlernen; die jungen Leute wollen gleich, wenn sie aus der Schule entlassen werden, Geld, viel Geld verdienen. Nach den Ursachen dieser Erscheinung wird von dieser Seite weniger gefragt. Daß die jungen Leute im Vergleich mit demselben ausgebildet werden, weiß man entweder nicht oder findet es ganz in der Ordnung. Da aber die wenigsten Eltern in der Lage sind, ihre Kinder noch drei bis vier Jahre über die Schulzeit hinaus durchzuführen, verringert sich der Zulauf zu den freien Lehrstellen immer mehr, vielfach zum Schaden für die betreffenden Berufe, immer später der Nachwuchs an tüchtigen gelerntem Arbeitern fehlt.

Eine solche Firma, die in ihren Lehrplänen billige Arbeitskräfte sucht, ist die Firma Samson-Werke in Berlin. Aus wurde der Lehrvertrag eines jungen Maschinenbau-Lehrlings vorgelegt, wo es im § 9 wörtlich heißt: „Der Lehrling erhält eine monatliche Vergütung von M. 1.—, von welcher der Krankenkassenbeitrag abgezogen wird.“ Nun, die Firma ist nobel und züchtig, trotzdem sie nach dem Vertrag dazu berechtigt ist, den Krankenkassenbeitrag nicht ab, denn natürlich weil dieser mehr als eine Mark beträgt. Diese „süßliche“ Entschädigung gilt nun nicht etwa nur für die erste Lehrzeit, sondern für die ganzen vier Jahre, die der junge Mann zu lernen hat. Die Lehrlinge müssen feste mit daran an die Arbeit und erziehen ist schon einen ballwichtigen Arbeiter. Da die Firma 100 Lehrlinge im Betriebe hält, kann man sich ausrechnen, welchen Extraprofit sie aus ihnen herausholt.

Aber damit nicht zufrieden, müssen sich die Lehrlinge durch einen gedruckten Nachsatz im Lehrvertrage fernverpflichten, nach beendeter Lehrzeit noch mindestens ein weiteres Jahr als Gehilfe bei der Firma tätig zu sein, sofern diese die Zweckmäßigkeit für gefolgt hält, d. h. wenn die Firma glaubt, aus dem jungen Mann noch mehr Profit schlagen zu können.

Wißt die Handwerkskammer diese Art Lehrverträge?

Deutscher Buchbinderverband.

Mit den Buchdruckerbetriebern wurden folgende neue Teuerungszulagen vereinbart: für Gehilfen (Lohn- und Akkordarbeit) 25 M. pro Woche. Diejenigen, die einen Lohn über Minimum haben, erhalten: 1-3 M. über Minimum 1 M. Zuschlag, 3 bis 5 M. über Minimum 2 M. Zuschlag, 5-7 M. über Minimum 2,50 M. Zuschlag, von mehr als 7 M. über Minimum 3 M. Zuschlag. Arbeiterinnen unter 18 Jahren erhalten 7,50 M., ungeschulte Arbeiterinnen über 18 Jahren erhalten im ersten Halbjahr 10 M. pro Woche, im zweiten Halbjahr 12,50 M., geschulte Arbeiterinnen sowie Akkordarbeiterinnen erhalten 13,75 M. pro Woche. Diese Teuerungszulagen gelten ab 15. Dezember 1919.

Die neuen Teuerungszulagen für die in den Buchbinderbetriebe Beschäftigten werden in den nächsten Tagen herbeigeführt.

Geiger.

Wenn man die beiden Geiger Georg Kulenkampff-Pop und Hans Wassermann und die Geigerin Alma Moodie, die alle drei in der letzten Zeit konzertierten, unter gemeinsamer Perspektive betrachtet, so bildet Hans Wassermann als entwicklungsabhängiger Durchschnittspunkt einen Gegensatz zu der Entwicklungsunabhängigkeit der beiden anderen jugendlichen Talente. — Wassermann rein äußerliche Technik wirkte diesmal auf mich interaktiver und trefflicher als im Vorjahr, aber der Grundton seines Geigens ist derselbe geblieben: ihm fehlt die innere Verwurzelung zum altgewordenen Künstler. In der Symphonie Espagnole von Ravel, die Alma Moodie und Wassermann am gleichen Abend spielten, trat das Entgegengesetzte der beiden an innerer musikalischer Verankerung am markantesten in Erscheinung. Während Alma Moodie die erotischen Mythen in vornehmster Auffassung klassisch gehalten und dabei doch ein ungebändigtes Temperament offenbarte, verzerrte Wassermann durch schmissige Betonungen und Brillanten die vier Sätze zu einem Keiser-Bela-Polpourcel. In dem außerordentlich anforderungsschweren Violinlängere op. 25 von Sallinen (vom Komponisten eigenhändig mit den Kammermusikern begleitet) entwickelte die junge Geigerin eine Weichheit an Technik und eine lobenswerte innere Blut. Und doch schreitet sie nicht auf dem Wege der geistigen Klugheit bis in die feinsten Sättigungen wie Adolf Busch. Inzipitierter für diese versteinende Durchdringung erscheint mir das Spiel von Georg Kulenkampff-Pop zu sein, dessen Wärme der Befreiung und dessen reise, zurückhaltend, Technik auf eine innerlich hervorstechende Künstlerkraft hoffen lassen. Ein Werdender, der noch mitten in der Entwicklung steht und doch schon auf überragender Stufe. B. J. Windisch.

Kaufverbot für Kunstwerke. Das Reichsgesetzblatt veröffentlicht eine Verordnung über die Ausfuhr von Kunstwerken, Gemälden, Skulpturen, Werke der Kleinplastik und des Kunstgewerbes, deren Verbringung ins Ausland einem wesentlichen Verlust für den nationalen Kunstbesitz bedauern würde. Sie dürfen von jetzt ab nur dann ausgeführt werden, wenn der Reichskommisariat für die Ein- und Ausfuhr die Genehmigung dazu erteilt. Auf jede Verbringung dieser Bestimmungen sind schwere Strafen (Gefängnis bis zur dreifachen Höhe des Wertes und eventuelle Einziehung des Kunstwerkes) festgelegt. Es sind nicht nur einzelne Fälle, sondern auch ganze Sammlungen gelooert worden. Außerdem ist jeder Besitzer von Kunstwerken verpflichtet, sie den legitimen deutschen Besatzungen zu zeigen, um zum Zweck der Kontrolle über den unangewiesenen Verlust, teils behufs nachträglicher Enttragung in die Spezialliste, Werke lebender Künstler sind grundsätzlich von der Spezialliste ausgeschlossen.

Theodor Fontane.

Theodor Fontane, der märkische Dichter aus Neuruppin, dessen Geburtstag sich am 20. Dezember zum hundertsten Male feiert, pflegte in seinem Leben mit Vorliebe den Satz „Am 9 Uhr ist alles aus“ zu zitieren. Am 10. September 1898 hatte Fontane das geliebte Jita: noch einmal in einem Brief an seine Frau niedergeschrieben und dabei ausgesprochen, daß diese Worte immer noch sein Trost seien, wenn irgendeine Gesellschaft oder sonst etwas, was ihn hart ermüdet, in Aussicht stand. Einen Tag später, am 20. September, genau um 9 Uhr abends starb er eines sanften Todes. „Am neun Uhr war alles aus!“

Wenig bekannt ist übrigens, daß der Poet der märkischen Wanderungen, der „preussische“ Dichter der Romane „Irrungen, Wirrungen“, „Effie West“ und anderer Meisterwerke die Volkstümlichkeit und Preussens Untergang im Einheitsstaat der Deutschen Republik forderte. Ueber die Revolution von 1848 schrieb er noch kurz vor seinem Tode im alten Demotragendstil: „Als historisches Ereignis war es eine große Sache, als Heldentatung wackelhaft. Schwermüde. Unsere Entel werden erst die wirkliche Schlacht zu schlagen haben.“ Und starke Zukunftshoffnung spricht sich aus den Worten seines Lehens, kurz vor seinem Tode heraus: „Der Sieg ist in dem der bald achtzigjährige Fontane seine Velden sagen läßt: „Eine neue Zeit bricht an. Ich glaube eine bessere und eine glücklichere.“ — Sehen wir alles hierfür ein, daß diese Hoffnung endlich Wahrheit werden!

„Jung Frühling.“ René Schickel, der Herausgeber der „Neuen Blätter“, der Generalsekretär der Gruppe „Jung Frühling“, schreibt über die Profabdichtung „Jung Frühling“ von Otto Lehmann-Ruhbaldt (Verlag Neues Vaterland, Berlin), daß diese Dichtung sich besonders dafür eignen würde, den Mangel an fesselnd geschriebenen Gedichtbüchern für die jüngere Generation auszufüllen. Er schreibt: „Als ich vor einigen Jahren „Jung Frühling“ im Manuskript kennen lernte, schien es mir ein Beispiel entzückender Deutschnamen im Kannibalenwahn der Kriegszeit und die Hoffnung, daß nicht alle Jugend, heiteres Streben und nach innen gewandtes Weltverlangen im brutalen Geschäftsdrang unserer Weltverbesserer untergehen werde. Ich habe das Buch jetzt wieder gelesen. „Jung Frühling“ gehört in die Schule, ins Lesebuch. Hier ist deutsche Geschichte, wie Jungens und Mädels sie begreifen und leben können. Geschichte, die wie ein Märchen klingt.“

